

Vorschläge von Grundsätzen

im strategischen Programm der Partei

DIE LINKE

Vorbemerkungen

Grundsatz für die Partei **DIE LINKE** ist,

..., dass das Parteiprogramm der Partei **DIE LINKE** durch seine Inhalte und deren tragende dialektische Logik bestimmt ist!

..., dass nach wie vor ein „Gespenst“ umgeht in Europa und in der Welt ! Es ist und bleibt immer für Nichtlinke das **Gespenst des Kommunismus**.

..., dass nach wie vor für Linke, deren **Sympathisanten und Freunde**, das große Ziel aller Tätigkeit, allen gesellschaftlichen und ökonomischen Tuns und Treibens der Menschen die Errichtung des Kommunismus ist, einer wahrhaft **humanistischen Gesellschaft der bürgerlichen Gleichheit, Freiheit und Demokratie !**

..., dass wir, seine Träger heute, die Partei **DIE LINKE**, in uns über 160 Jahre Lebens-, Arbeits-, Leidens-, Erkenntnis- und antiimperialistische Kampferfahrung haben!

Wir, die Partei **DIE LINKE**, stellen fest, dass alle Versuche uns durch Kölner Kommunistenprozesse auszuschalten, uns durch Bismarcksche Sozialgesetzgebung zu kaufen, uns durch Zustimmung zu den Kriegskrediten des 1. Weltkrieges zu korrumpieren, uns durch Ermordung der führenden Revolutionäre von 1918/19 zu lähmen, uns danach faschistisch organisiert zu töten, uns wie Tiere rechtlos in KZ,s der faschistischen deutschen Industrie zu sperren, unser erstes staatliches, höchst unvollkommenes Bollwerk militärisch auszuradieren, uns danach jahrzehntelang tot zu reden, uns durch Annäherung zu wandeln, uns eines gescheiterten Sozialismusversuches wegen zu verleumden, zu diffamieren, zu diskreditieren, unser Denken durch eine als friedliche Revolution getarnte Konterrevolution beginnend und als Annexion auf allen Gebieten endend zu verändern, **alle diese Versuche sind gescheitert.**

Wir, die Partei **DIE LINKE** stellen fest, der erste kleinbürgerlich-demokratische und dann folgend sozialistische Versuch auf deutschem Boden, im Bündnis mit anderen europäischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten, einen stabilen, humanistischen, bildungsreichen, sozial gerechten, von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen freien sozialistischen Staat zu errichten, eroff in der undialektisch-dogmatischen Gestalt von der immer-Recht-habenden Partei und hat eine empfindliche Niederlage erlitten. Der zweite ernste Versuch, eine kleinbürgerlich-demokratische; bessere DDR zu schaffen, wurde von den Liquidatoren hinter dem Einheitsgebrüll ertränkt. DDR-Verantwortliche konnten nur noch Blutvergiessen vermeiden.

Wir, die Partei **DIE LINKE** stellen fest, die Ursachen dieser Niederlage müssen wissenschaftlich und sachlich aufgearbeitet werden. (*VerGauckte, geBirthlerte, Knabenhafte, verKnopte, geHahnte und andere*) gesellschaftlich reaktionäre Betrachtungsweisen von behaupteter bürgerlicher Mitte über Seeheimer Kreis bis zu erzkonservativen Rechten und Neofaschisten sind verleumdende und Geschichte fälschende Störfeuerattacken von bisher ungekanntem Ausmaß (*durch die bürgerlich „freie Staatsmedien-Einheit“ Deutschlands*).

Die Angst vor sachlicher DDR-Erinnerung, die Angst vor dialektischer Geschichtssicht, die Angst vor dem umgestaltenden Zusammengehen aller wirklichen DemokratInnen in der und um die Partei **Die Linke in Deutschlands und Europa ist ungeheuer !**

Es ist eine neue Lage entstanden. Durch die Einheit Deutschlands per Annexion der DDR unter dem Pseudonym des freiwilligen Beitritts zur BRD, ergibt sich für uns, **DIE LINKE**, auf unserem Wege die erste neue **strategische** Aufgabe : **Gesamtdeutscher, wahrhaft demokratischer Sozialismus**. Sozial gerecht, umweltverträglich, alle Probleme dialektisch analysierend, frei von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, krisensicherer als die bürgerlichen Pleitebanker von 1929/30 und 2008/09, ohne die Kriegsbrandfackeln von 1914/18, 1936/39-45, Antiterrorkrieg am Balkan und Horn von Afrika, in Irak und Afghanistan, ohne konterrevolutionäre Putsche von 1920, 1933, 1953 und 1989-90 erstreben wir ein Deutschland in Frieden, Freiheit, Sozialismus und Wohlstand für alle und mit allen, die dieses Deutschland für sich, ihre Kinder und Kindeskiner wollen und brauchen. Der Gedanke von einer besseren Bundesrepublik - mittelfristig volksdemokratischen, langfristig demokratisch-sozialistischen Bundesrepublik - lebt ungebrochen in uns, abhängig reflektiert von der eigenen **DIE LINKE**-Position in Varianten nach Herkunft, Lebens-, Partei- und Kampferfahrung.

Wir, die Partei **DIE LINKE**, fußen auf dem Marxismus, dem Besten des klassisch-humanistisch-bürgerlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Erbes, von einheits- und volksfrontpolitischen Erfahrungen und Bündnissen im antiimperialistischen, antimilitaristischen, antifaschistischen Kampf gegen Krieg und Konterrevolution in unterschiedlichen Menschheitsperioden. Eine breite linke Front gegen Antiterrorkrieg, gegen Weltpolizeiträume von Bundesregierungen aller Couleur und Militär, gegen rassistischen Neo-Faschismus in Deutschland, gegen profitorientierte deutsche Antiterrorkriegsgewinnler, gegen kapitalistische Umweltzerstörung, gegen sozial kalte, hemmungslos agierende Finanzjongleure, gegen Hartz-IV-Methodik als stacheldrahtlose Ghettoisierung und Spaltung der Klassen der Arbeiter und anderer Werktätiger, gegen Terror aller Art und Couleur, eine Front gegen das alles und viel mehr – verursacht vom tatsächlich herrschenden ökonomischen Imperialismus, seinen Finanzjongleuren, deren Vollzugsausschuss Bundesregierung und ihren medialen Kliqueuren - ist unser Ziel.

Aus diesen Gründen melden wir, DIE LINKE , unseren Anspruch an, die Geschicke des deutschen Volkes in die Hände des Volkes zu legen !

Den schwierigen Weg dahin wollen wir parlamentarisch und ausserparlamentarisch dialektisch-marxistisch, machtvoll, populär, basisdemokratisch, antiimperialistisch, antifaschistisch, antikonservativ, antineoliberal und wachsam beschreiten.

Ziele, Aufgaben und Grundsätze des Handelns

Grundsatz für die Partei **DIE LINKE** ist, dass wir mit der hegelschen **DIALEKTIK** in ihrer materialistisch-marxistischen Gestalt alle Erscheinungen des gesellschaftlichen und natürlichen Lebens ausschließlich auf dieser Basis und in dieser Terminologie analysieren und allen Menschen verständlich erklären;

- dass wir selektiv Terminologie der bürgerlichen Gesellschaft weiter nutzen, sie aber inhaltlich marxistisch-dialektisch definieren; sie also so vom Kopf auf die Füße stellen;
- dass Sozialismus und Freiheit der Persönlichkeit untrennbar miteinander verbunden sind, der Sozialismus als höchster Hort der Freiheit zu organisieren ist, wobei Freiheit in Grundsatzfragen **immer** Einsicht in objektive Notwendigkeiten ist

Grundsatz für die Partei **DIE LINKE** ist, dass der **KLASSENKAMPF** von links nah-, mittelfristig und strategisch konsequent geführt werden muss gegen alle Spielarten von rechts mit ihrem deutschen Zentrum DDR-Verleumdung.

- dass Gewerkschaften in **jeder** Klassenkampfposition zu stärken sind, vor allem :
 - ...bei bundesweitem einheitlichen Mindestlohn,
 - ...bei der ersatzlosen Streichung von Hartz IV/ALG II und Rente mit 67,
 - ...bei Betriebsräten ab 5 Beschäftigten in Betrieben, kooperierenden Betrieben und Genossenschaften,
 - ... bei hauptamtlichen Betriebsräten ab 100 Beschäftigten mit 1 / 2 / 3 MitarbeiterInnen bei 200 / 300 / 500 Beschäftigten,
 - ...bei der Wiedereinführung des politischen und des Generalstreiks in der BRD,
 - ... bei konsequenter Durchsetzung der verbindlichen Arbeit von Konfliktkommissionen beim Betriebsrat für Bagatelldelikte und andere Konflikte in Betrieben und Einrichtungen.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass am Ende eines bürgerlich-demokratischen und danach kleinbürgerlich-demokratischen *Entwicklungsweges der BRD* die friedliche sozialistische Umgestaltung steht.

Etwa folgende Stufen sind dazu aus heutiger Sicht notwendig.

- **NAH-ZIEL** ist die umfassende **WIEDERHERSTELLUNG PLEBISZITÄRER BÜRGERLICHER DEMOKRATIE** in der BRD, die im festen Bündnis mit allen gesellschaftlichen Kräften verfolgt wird, die sich dazu links der behaupteten Mitte formieren.
- **MITTELFRISTIG** ist die Gesellschaft in der BRD generell solidarisch umzugestalten, dass sie fähig ist, auf friedlichem Wege eine **KLEINBÜRGERLICH-DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT** zu errichten.
- **STRATEGISCHES ZIEL** ist auf friedlichem Wege **SCHRITTE ZUM SOZIALISMUS** zu gehen, um danach ebenfalls langfristig die materiellen und geistigen Grundlagen des Sozialismus - Vorstufe des Kommunismus - schrittweise zu errichten und zu vervollkommen.
- Nahziele umfassen ca 3 , mittelfristige Ziele 4 - 7 , strategische Ziele über 8 - 10 Bundestags-Wahlperioden zu 4 Jahren.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass **MITGLIED DER PARTEI *DIE LINKE*** jeder Bürger der BRD oder in der BRD lebender Ausländer sein kann, der vor dem Gesetz volljährig ist, das Statut der Partei ***DIE LINKE*** grundsätzlich anerkennt, auch wenn er ein religiös orientierter Bürger im Sinne einer der großen Weltreligionen ist oder idealistischen Formen des Atheismus anhängt.

- dass er einer Basisgruppe angehört, von der er mit einfacher Stimmenmehrheit der Mitglieder in den Mitgliedsstand erhoben wird und einen Parteiausweis erhält.
- dass er als 18-Jähriger in den Kandidaten/Bewährungsstand und nach Ablauf von zwei Jahren aktiver Mitarbeit mit einfacher Stimmenmehrheit Mitglied wird.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass sie über **JEDES MITGLIED UND JEDEN ABGEORDNETEN** täglich bemüht ist, die Ziele ihres Parteiprogramms und die daraus resultierenden Wahl- und Wahlperiodenprogramme auf kommunaler und Landesebene, im Bund und in der EU zum Grundsatz des Handelns zu machen.

- ... dass ihre Abgeordneten nicht nur ihrem Gewissen verantwortlich sind, sondern vor allem auch ihren Wählern auf der jeweiligen Ebene.
- ... dass Abgeordnete der Partei ***DIE LINKE*** von den Mitgliedern ihres Wahlkreises per plebiszitärem Mehrheitsvotum von mindest 50 % + 1 Stimme abberufen werden können.
- ... dass linke Abgeordnete über Listenplatz in einer Wahlperiode die Fraktion nicht wechseln dürfen oder als fraktionslose Abgeordnete weiter tätig sind.
- ... dass Maßstab für die Arbeit eines linken Abgeordneten ist, wie erfolgreich und wie effektiv in den Ergebnissen er Parlaments- und Wahlkreisarbeit gestaltet auf der Basis

des für den Abgeordneten gültigen Parteiprogramms und den festgeschriebenen /
-gesprochenen Reden vor der Wahl.

- ... dass in Parlamenten, Fraktionen, Kommissionen, Delegiertenkonferenzen, Basisgruppen ständig dialektische Gesellschaftsanalyse betrieben wird, um die objektiven Bündnispartner in allen Klassen, Schichten, Parteien und Vereinen und in der Öffentlichkeit zu erkennen und gemäß ihren analogen Zielen in unsere Arbeit einzubeziehen.
- ... dass in Parlamenten darauf hingewirkt wird, dass Abgeordnete verbündeter Parteien sich nicht nur ihrem Gewissen sondern auch ihren Wählern verantwortlich fühlen.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass ihre *POLITIK* gegenwärtig parlamentarisch und außerparlamentarisch auf die Wiederherstellung einer konsequent plebiszitär bürgerlich-demokratischen Gesellschaft in der BRD zielt.

- dass eine Verfassung der BRD per Volksentscheid verabschiedet wird.
- dass die Verfassung der BRD aus dem humanistisch und sozial Besten der Paulskirchenverfassung, der Weimarer Verfassung, der Verfassung der DDR und des Grundgesetzes der BRD optimiert wird.
- dass Bundesrecht immer vor Landesrecht geht.
- dass Basisdemokratie vor allem auch zuerst aus plebiszitären Elementen erwächst.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass die *BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT* in der BRD nah-, mittel- und langfristig auf privaten Besitzverhältnissen an PM beruht, die vor allem und zuerst sozial verpflichtet sind.

- dass das PE an PM immer konsequent besteuert wird,
- dass es auf die ökonomisch effiziente Führung der Unternehmen, Unternehmensgruppen oder Konzerne konzentriert beschränkt bleibt,
- dass es auf einen konstanten, flexiblen Beschäftigungsgrad, hohe soziale und Lohnstandards und eine breite Ausbildungsbasis orientiert ist.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass *PRIVATEIGENTUM AN PRODUKTIONSMITTELN* lt. Verfassung verpflichtet, das heißt, dass es als sozial-ökonomisches Prinzip der BRD täglich zu Gunsten aller Bürger wirkt.

- dass Löhne, Gehälter, Honorare und Ausschüttungen aller Art, die in der BRD oder durch die Arbeit als BRD-Bürger erworben wurden, lt. Bundes-Gesetz in der BRD abgabe- und sozialpflichtig sind.
- dass Grund und Boden schrittweise, mittelfristig, mit Entschädigung in Staatseigentum überführt wird.
- dass die Nutzer mit den ihnen anvertrauten Parzellen sorgsam umweltverträglich umgehen und ihre Pachten pünktlich zahlen.
- dass die Nutzer für jeden verursachten Schaden in Grundstück und Umwelt haften.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass die *POLITIK DER BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT* in der BRD eine konsequent weltweit aktive, solidarische Friedenspolitik ist.

- dass sie jede Form der Anwendung militärischer Gewalt verabscheut.
- dass die Bundeswehr kurzfristig, innerhalb der EU abgestimmt auf einen Berufsstamm von 60.000 Soldaten (Heer, Marine, Luft) reduziert wird.
- dass den frei werdenden Längerdienenden als Fachleuten verschiedenster Gebiete kurzfristig adäquate Stellen in der Gesamtheit des Öffentlichen Dienstes, des Technischen Hilfswerkes und der technischen Auslandshilfe 3. Welt angeboten werden incl. der

Verlagerung der finanziellen Personalmittel und der unnutzbaren Technik aus der Bundeswehr.

- dass die BRD kurzfristig konsequent für die Auflösung der NATO eintritt, ihre Truppenkontingente der NATO-Unterstellung entzieht und die Kdo.-Strukturen und –Posten verlässt.
- * dass eine Umwandlung entmilitarisierter technischer Strukturen in ein ziviles, festangestelltes EU-THW für Hilfe zur Selbsthilfe in der dritten Welt Ziel ist, unter Mitnahme der zugehörigen finanziellen Mittel aus dem Militärhaushalt.
- dass die BRD darauf hinwirkt, dass die EU mittelfristig für ein eurasisches, euroafrikanisches, euroatlantisches Sicherheitssystem unter Führung der UNO wirbt.
- dass die internationalen Beziehungen der BRD kurz-, mittel- und langfristig ausschließlich auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen.
- dass die internationale Solidarität ausschließlich Entwicklungshilfe zur Selbsthilfe ist, nur solche Projekte jährlich mit bis zu 3 % vom BIP gefördert werden und Staatsverträge mit den jeweils begünstigten Ländern auch die Unversehrtheit des Lebens der Entwicklungshelfer garantieren.
- dass die BRD alles tun wird, um Bürgerkriegslagen militärisch auszutrocknen, Verursacher und Profiteure über die UNO/IGH bzw. nationale Gerichtsbarkeit bestrafen zu lassen.
- dass die BRD ständig bemüht ist, diese Grundsätze in allen EU-Staaten durchzusetzen.
- dass Spanien, Kosovo, Großbritannien, (die Türkei, Israel) u.a. im rigiden Umgang mit ihren nationalen Minderheiten vom EU-Parlament zu verurteilen sind und Sanktionen gegen diese schädliche Innenpolitik anzudrohen und durchzusetzen sind.
- dass dies auch für den Umgang mit Juden, Sinti und Roma, Türken, Italienern und allen anderen nationalen Minderheiten in den jeweiligen EU-Staaten gilt.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass jede Art von *LOBBYISMUS* der Banken, der Wirtschaft, von Einrichtungen, Vereinen und Verbänden untersagt ist.

- dass der Versuch als kriminelles Vergehen der Bestechung strafbar ist.
- dass Lobbyismus jeder Versuch ist, außerhalb berufener parlamentarischer Beiräte (BR) oder berufener Arbeitskreise (AK) für das Unternehmen, die Gruppe, den Konzern Vorteile irgendwelcher Art unter Umgehung des AK oder BR zu erringen.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass *MEDIEN* als konsequent wahrhaftige Informations-Vermittler und -Analytiker zu betreiben sind.

- dass der Medienrat konsequente Kontrollgrundsätze auf der Basis der BRD-Gesetze beschließt und auch selbständig konsequent umsetzt.
- dass Voyerismus, Verleumdung und Verbreitung offenkundiger Unwahrheit, vom Medienrat näher definiert, ahndungsnötige kriminelle Vergehen gegen die Rechte der Persönlichkeit sind.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass *FASCHISMUS*, Neofaschismus, Antisemitismus, Antiislamismus, Fremdenhass, Frauen-, Homo-, Lesben-, Behindertenfeindlichkeit kriminelle Vergehen und nach Gesetz unbedingt zu ahnden sind.

- dass alle V-Leute in der NPD abgeschaltet werden,
- dass die NPD und alle gleichgearteten Parteien und Vereinigungen laut Grundgesetz / Verfassung und Urteil von Nürnberg a priori **verboten sind**.
- dass darauf hingewirkt wird, dass ein gleichartiger Beschluss des EU-Parlaments herbeigeführt wird.

- dass der Landfriedensbruch oder der wiederholte Fall unbedingt zu ahnden sind.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass die *INNERE SICHERHEIT UND ORDNUNG DER BRD* von der lokalen und der Landesschutz- und Kriminalpolizei, der Bundes- und Grenz-Polizei, dem Zoll als Finanzpolizei und ihren Fachbereichen gewährleistet wird.

- dass die Organe der inneren Sicherheit gemäß ihren per Gesetz definierten Aufgaben dazu personell und technisch zu optimieren und sachlich abzustimmen sind.
- dass der besoldete Bürgerpolizist/ABV flächendeckend auf je 5000 Bürger einzuführen ist.
- dass unter Führung des besoldeten Bürgerpolizist/ABV eine ausgewählte und ausgebildete gekennzeichnete Helfergruppe im Bürgerpolizist-/ABV-Bereich bei Veranstaltungen oder festgesetzten Schwerpunkten zum ordnungsdienstlichen Hilfs-Einsatz kommt.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass der *SCHUTZ DER BRD* von der Außenpolitik und dem Auslands-Nachrichtendienst der Regierung der BRD gewährleistet wird.

- dass im ernstesten Angriffs-Fall die Bundeswehr als defensives Berufsheer von 60.000 Mann (Luft, Marine, Heer) als Verteidiger in Erscheinung tritt.
- dass jährlich bis 3.000 (5 %) BundesbürgerInnen freiwillig das Handwerk der Verteidigung als einjährig besoldete Reservisten nach dazu zu erlassenen Gesetz üben können.
- dass die Innere Sicherheit der EU durch einstimmige Aktiv-Beschlüsse aller Mitglieds-länder gewährleistet wird.
- dass oberster Wächter über jedweden Verteidigungsfall ausschließlich die UNO mit ihrem Sicherheitsrat ist.
- dass alle Art der Erzeugung von Waffen, Munition und anderem Kriegsgerät aller Art kurzfristig in staatlich streng nach festen Gesetzen kontrollierten, mittelfristig in entschädigten Staatsbetrieben erfolgt.
- dass jede Art des Exportes von Waffen, Munition, lt. Gesetz Kriegsgerät und kriegsfähigem Gerät kurzfristig ständigen strengsten Kontrollen einer parlamentarischen Kommission und ihrem beauftragten gesetzlichen Kontrolleuren vor Ort unterliegen.
- dass jeder Versuch der Umgehung staatlicher Vorschriften bzw. falscher Etikettierung auf dem Gebiet Rüstung staatsgefährdend, kriminell und unbedingt strafbar ist.
- dass Besitzer von Rüstungsmaterial produzierenden Betrieben bzw. Eigner von Anteilen mittelfristig nach feststehenden Gesetzen per Stichtag zu entschädigen sind.
- dass Manager zu neuen Konditionen auf ihren leitenden Positionen verbleiben können.
- daß die mittelfristig geschrumpfte Rüstungsindustrie sozial verträglich und bei vollem Lohnausgleich (gegebenenfalls voller Frühverrentung) für den betriebsbedingt gekündigten Mitarbeiter Arbeitsplätze in der Konversionsindustrie oder anderswo zu sichern hat.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass *ARBEIT* individuell eine soziale, tariflich besoldete Tätigkeit für ein persönliches und familiäres Wohlergehen ist.

- dass kurzfristig immer und überall in der BRD das Prinzip durchgesetzt wird : **GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT BEI MANN, FRAU, IN- UND AUSLÄNDERN.**
- dass Arbeit unternehmerisch wirtschaftliche Erlösoptimierung zur vorrangigen Reproduktion, Optimierung der Produktion, Abgabensicherung, sozialer Belohnung und Honorierung jeder Arbeit ist.
- dass die Berufsbildung und Qualifizierung eine Verpflichtung **JEDES** Unternehmens ist.
- * dass ihre Nicht- oder Minimalerbringung unbedingt finanzielle Sanktionen nach kurzfristig zu erlassenden Gesetzen als Folge hat.

- dass dazu vertraglich geregelte Kooperationen erlaubt und erwünscht sind, die staatlich geregelter Kontrolle und Befugnis unterliegen.
- dass **BERUFSVERBÄNDE** und -Vereinigungen Interessenvertretungen und Organe zur Einhaltung der Gesetze der BRD und der Tarifabschlüsse in ihren Verantwortungsbereichen sind.
- dass diese dazu klar definierte Rechte und Pflichten haben.
- dass **LEISTUNGSTRÄGER** alle Bürger sind, die arbeitstätig voll oder reduziert geregelt einer sozialversicherungs- und abgabepflichtigen Tätigkeit nachgehen.
- dass Tätigkeiten ohne Sozialversicherungs- und Abgabepflichten in der BRD unzulässig und strafbar sind.
- dass Streitfälle mit Bagatelldarstellung von den Konfliktkommissionen zu lösen sind, die aus kompetenten drei bis fünf Gewerkschaftern zu bilden sind.

Grundsatz für die Partei *Die Linke* ist, dass Bundeskanzler, Minister, Staatssekretäre, die **Regierung** insgesamt, *ausschliesslich exekutives Organ* von Bundestag und Bundesrat sind.

- dass das Bundestagspräsidium, der Bundespräsident und die Bundesgerichte gemeinsam die oberste selbständige Aufgabe haben, Gesetze gegen die Verfassung zu verhindern, per Dekret aufzuheben und mit Hinweisen auf Verstöße zur Neuverhandlung an Bundestag und/oder Bundesrat zu verweisen.
- dass allen grundsätzlichen Wirtschafts-, Arbeits-, Bildungs- und Sozial-, innere und äussere Sicherheit betreffenden Gesetzgebungen eine Volksbefragung voranzugehen hat, deren einfaches Mehrheitsvotum Grundlage der Gesetzgebung ist.
- dass EU-Gesetzgebungen analoger Art ebenfalls eines Volksentscheides bedürfen, mit gleicher Wirkung auf das EU-Gesetz in Deutschland.
- dass nationale Volksentscheide in der BRD im Frühjahr und im Herbst eines Jahres an einem Sonntag bundeseinheitlich durchgeführt werden.
- dass EU-Erweiterungen auf außereuropäische Territorien unterbleiben !
Nur Russland und der Türkei werden **Besondere EU-Abkommen** angeboten.

Grundsatz für die Partei *Die Linke* ist, dass **MANAGER** staatlich lizenzierte Lenker und Leiter im gesellschaftlichen und ökonomischen Leben in der BRD sind.

- dass sie angemessen nach langjährigem Erfolg, Dienstalter, Verantwortung und Berufserfahrung einzelvertraglich geregelt zu besolden sind.
- dass sie wie jeder andere Bürger in der BRD abgabe- und sozialpflichtig sind.
- dass Manager kurz- und mittelfristig in Unternehmen keine Mitarbeiter sind, wenn die Tarif- oder Betriebsvereinbarungen mit Zustimmung des Managers nichts anderes festgeschrieben haben.
- dass sie für ihr Tun und Lassen voll verantwortlich sind und für Schäden in vollem Umfang gesetzlich geregelt haften.
- dass jeder Versuch des Lobbyismus mindest zum Entzug der Managerlizenz und zum Funktionenverlust führen.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass **BANKEN** in der bürgerlich-demokratischen Phase der Gesellschaft konsequenter Kontrolle des Staates und uneingeschränkt und ausnahmslos den Steuergesetzen der BRD unterliegen.

- dass ihre Anzahl kurzfristig schrittweise zu verringern ist.
- * dass daraus resultierende betriebsbedingte Kündigungen und Veränderungen des Arbeitsplatzes bei vollem Lohn-, Renten- und Sozialausgleich zu erfolgen haben ;

Betroffene als Finanzkontrolleure von Fachministerien, Bundes-, Landes- und Territorialämtern eingesetzt werden.

- * dass der Einlagensicherungsfond für jedes Geldinstitut verbindlich per Gesetz ist und per jährlicher Bilanz nachgewiesen wird.
- dass für alle Kreditgeschäfte immer mindest 25 % aber auch abhängig von der Kreditart bis zu 50 % Eigenkapital-Rückstellungen zu tätigen sind, um Bankenkräche zu vermeiden.
- dass die Transaktionssteuer auf **alle** Bewegungen konsequent erhoben wird.
- dass die verbleibenden Banken jeweils außen-, binnenwirtschafts-, landwirtschafts-, bildungs-, sozial-, kultur- und wissenschaftsfördernden Aufgaben dienen, die die Regierung per Gesetz den jeweiligen Banken zuweist.
- dass der Finanzminister im Auftrage des Parlamentes mit jährlicher Rechenschaft die Bankenaufsicht über ein personell gut ausgestattetes, fachlich versiertes Bundesamt für Bankenaufsicht und –kontrolle führt.
- dass die Regierung der BRD eine Außenhandelsbank mit Geschäfts-Monopol in der Zusammenarbeit mit anderen Banken und Unternehmen hat und mit halbjährlicher parlamentarischer Rechenschaftspflicht unterhält.
- dass die Bundesbank alle Geldflüsse in der BRD steuert und die Kontrolle über Auslandsgeldzu- oder –abflüsse hat.
- dass Managerhonorare/-verträge der Zustimmung der Bankenaufsicht bedürfen.
- dass alle Banken auf deutschem Boden tarifrechtlich deutsche Betriebe sind.
- dass Derivat-, Zertifikat- und Handel mit anderen Finanzprodukten, die **nicht** aktiver Förderung gesellschaftlicher Bereiche dienen, kriminelle Vergehen sind.
- dass sie nach dem neuen BRD-Strafgesetzbuch geahndet werden,
- dass der Versuch des -Handels strafbar ist.

Grundsatz für die Partei *Die Linke* ist, dass in *HANDEL UND VERKEHRSWESEN* das Streckennetz und die Anlagen der Bahn, die Autobahnen und Straßen und deren Unterhaltungsbetriebe, Flughäfen, Luftstraßen und Flugsicherheit, Wasserstraßen, -anlagen und Häfen ausschließlich unveräußerbares Staats-, Landes- oder Kommunaleigentum sind.

- dass Näheres dazu Bundesgesetze bestimmen.
- dass die Prinzipien gelten, unter Wahrung des Umweltschutzes, vor allem Güterverkehr auf Schiene und Wasser zu verlegen und den Luftfrachtverkehr zu reduzieren.
- dass der öffentliche Personen- und Personen-Nahverkehr mit absoluter Priorität und Minimalpreisen bis in den letzten Ort der Bundesrepublik zu reichen hat.
- dass Verkehrswege von Staat, Land, oder Kommune gebaut, gewartet und vermarktet werden.
- dass dem Bundesminister für Verkehr Betriebe und Personal nachgeordnet sind, die Schienenwege, Straßen auf dem Land, Wasserstraßen und Luftstraßen mit zugehörigen Anlagen aller Art errichten, laufend unterhalten und vermarkten.
- dass Elektrifizierung des Schienen- und innerstädtischen Verkehrs oberster Grundsatz nach gesetzlichen Normen und international anerkannten Massstäben ist.
- dass der Eisenbahnfernverkehr von dem 100 % Bundesunternehmen Deutsche Bahn durchgeführt wird.
- dass neben der Deutschen Bahn ausländische Bahnen und Privatunternehmen des Transportwesens im Güter- und Personenverkehr agieren können.
- dass der Staat - bei gesetzlichem Mitspracherecht der Länder und Kommunen -, die Deutsche Bahn und die Privatbahnen die Aufgabe haben, das ehemals stillgelegte und demontierte (*mehdornisierte*) Streckennetz zu reaktivieren und kontinuierlich zu nutzen.

- dass die Nutzung des Streckennetzes des Bundes, der Länder und Kommunen an Unterhaltungskosten erwirtschaftende Pachten nach Zugarten und Frequenzen gebunden ist.
- dass aufgrund der KFZ- und Kraftstoffsteuer Bundesautobahnen und Straßen für BRD-Bürger und -Unternehmen kostenlos nutzbar sind.
- dass ausländischer Güterverkehr Mauten nach Mautsystem zahlt, so lange in diesen EU- bzw. anderen Staaten Mauten von BRD-Bürgern und -Unternehmen erhoben werden .
- dass ausländischer Personenreiseverkehr Mauten per Pauschalen-Tabellen zahlt, so lange in diesen Staaten ebensolche Mauten von BRD-Bürgern erhoben werden.
- dass Flughäfen, Flugsicherheit und Luftstraßen Bundeseigentum sind und staatlicher Kontrolle und Aufsicht unterliegen.
- dass in- und ausländische private und staatliche Fluggesellschaften diese gegen Gebühren nach Tarifikatalogen nutzen.
- dass Binnen- und Seewasserstraßen, -Häfen und die Ämter Bundes-, Landes- und Kommunaleigentum sind. Sie unterliegen damit ihrer Erhaltung, Aufsicht und Vermarktung.
- dass in- und ausländische Reeder gegen Gebühren nach Tarifikatalogen die BRD-Wasserstraßen nutzen.
- dass der Handel privater Unternehmen bundes-, EU- und weltweit unter Beachtung der Geldverkehrsregeln gewährleistet wird.
- dass die Händler dazu in ihren bewährten Händler-Organisationsformen in Verbindung mit zuständigen Banken agieren.
- dass der Staat die Einhaltung staatlicher Preislimite im Bundesgebiet im freien Handel kontrolliert und ggf. reglementiert.
- dass dem privaten Einzelhändler im Rahmen der Preislimite eine große Wettbewerbsperspektive gegeben ist.
- dass Handelsketten strengster staatlicher Kontrolle bei der Einhaltung der Preis-, Tarif- und Sozialpolitik im Bundesgebiet und in den Herkunftsländern der Produkte unterstellt werden.
- dass Handelsketten mittelfristig als halbstaatliche Betriebe geführt werden.
- dass Handelsketten langfristig als (*Abteilungen eines*) staatlichen Konzerns mit speziellen und abgestimmten Versorgungsaufgaben geführt werden.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass in der bürgerlich-demokratischen und kleinbürgerlich-demokratischen Phase die **PRODUZIERENDE WIRTSCHAFT**, Industrie, Handwerk, Gewerbe, Dienstleistung, Fischerei, Land- und Forstwirtschaft meist an Privateigentum an PM gebunden ist.

- dass Erläusoptimierung Grundsatz unternehmerischen Handelns ist, damit alle Verpflichtungen gegenüber Staat, Gesellschaft, Unternehmensentwicklung und Belegschaft optimal erfüllt werden können.
- dass Genossenschaften als Zusammenschlüsse von Kleineigentümern in der produzierenden Wirtschaft als Stabilisierungsfaktoren im Wettbewerb erwünscht sind.
- dass Mitarbeiterbeteiligungen in privaten und genossenschaftlichen Unternehmen feste und unlösbare Bestandteile aller Tarifverträge sind.
- dass Kapitalgesellschaften und Konzerne (AG und große GmbH) darüber hinaus permanenter staatlicher Finanz- und Geschäftskontrolle zur Wahrung der Gesetze unterliegen.
- dass Berufsausbildung und Qualifizierung der Mitarbeiter Grundsatz jedes Unternehmertums ist.

dass fehlende Berufsausbildung und Qualifizierung automatisch eine Berufsbildungs- und Qualifizierungsabgabe an den Staat nach sich zieht.

* dass jede Art von Steuerhinterziehung unabhängig von strafrechtlicher Wertung den Verlust der Manager-Lizenz und der Funktion zur Folge haben. Schon der Versuch ist strafbar.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass *TARIFPARTNERSCHAFT* Pflicht der Gewerkschaften und der Unternehmen im Arbeitsprozess ist.

- dass in der BRD sofort bis kurzfristig die 38-Stundenwoche für alle Arbeiter und Angestellten gilt.
- dass sie bei vollem Lohnausgleich unternehmensverträglich kurz- bis mittelfristig auf 35 Stunden abzusenken ist.
- dass unbezahlte Überstunden bei Strafe (Managerhaftung) verboten sind.
- dass in Managerlöhnen bzw. –Honoraren unbezahlte persönliche Überstunden eingeschlossen sind.
- dass bezahlte Überstunden für alle Arbeiter und Angestellten verboten sind, so lange es je mehr als 100.000 gemeldete Arbeitslose/Umschüler/Praktikanten/ABM/ Zeitarbeiter/1-€-Jobber usw. in der BRD gibt.
- dass Arbeitszeit, Löhne, Gehälter und Grundsätze der produktiven und nicht produktiven Arbeit von den Tarifpartnern bundeseinheitlich so festgelegt werden, dass in der BRD keine Langzeitarbeitslosigkeit mehr aufkommen kann und die gegenwärtige kurzfristig abgebaut wird.
- dass den Gewerkschaften und Betriebsräten als Mitarbeitervertreter die höchste Verantwortung in der ureigensten gewerkschaftlichen Aufgabe zukommt.
- dass Tarife durch Tarifpartner, wie Betriebsrats-, Gewerkschafts- und Unternehmervertreter, ständig, konsequent und nach bundeseinheitlichen Normen für ein angemessenes sozial verträgliches Lohngefüge im Tarifbezirk/IG-Bereich/Unternehmen sorgen.
- dass das prekäre Aufstocker-System in der BRD sofort abgeschafft wird.
- dass die Hartz-IV-Gesetzgebung und die Rente mit 67 in der BRD sofort auf die davor gültigen Normative zurückgeführt werden.
- dass Arbeitslosengeld bis zu einer Neuvermittlung gezahlt wird.
- dass der Mindestlohn für gering-/nichtqualifizierte Arbeit € 10 bundeseinheitlich und inflations-abhängig ist und dass auf dieser Basis ein sozial verträgliches Qualifizierten-lohngefüge errichtet wird.
- dass die BRD EU-weit auf analoge Mindestregelungen dringt.
- dass jede betriebsbedingte Kündigung für das Unternehmen mit einer bis zu zwei Jahren anhaltenden 70 % Nettolohnfortzahlung verbunden ist, wenn nicht zwischenzeitlich eine andere Arbeitsaufnahme erfolgt.
- dass in ausgewählten Berufen der vorzeitige Ruhestand mit 50, 55, 60 tariflich zu vereinbaren und mit 25 % Betriebsaufkommen bis zum Einsetzen der Altersrente zu untersetzen ist.
- dass Berufsausbildung und Qualifizierung Lebensaufgabe jedes Bundesbürgers bis zum Erreichen der Rente ist.
- dass diese im Qualifizierungszeugnis des Bundesbürgers lohnwirksam nachzuweisen ist.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass die *UMWELT* in der BRD die Gesamtheit der Landmasse und Inseln, der Binnen-, Küsten- und Hochsee-Gewässer des geographischen und politischen Territoriums der BRD sowie der Luftraum darüber als auch der unterirdische und der unterseeische Raum ist; incl. der darin lebenden Organismen, Tiere und Menschen.

* dass weitergehende Auslegungen in bindende EU- oder UNO-Verantwortung fallen. Peter

- dass die Bundesrepublik die Anerkennung aller Patente auf natürliche Pflanzen, Teile und Abarten von ihnen, auf Tiere, Teile und Abarten von ihnen einschließlich des Menschen ablehnt und ignoriert.
- dass die Bundesrepublik Genpatente solchen Bestimmungen unterwirft, dass die natürliche Umwelt in der Bundesrepublik und das Wirtschaften des Menschen in ihr keinerlei Schaden nimmt oder unbillige Einschränkungen bzw. Lasten ertragen muss.
- dass die Bundesrepublik ihre Unternehmen vor diesbezüglichen Forderungen aus dem In- und Ausland schützt.
- dass die Bundesrepublik in Ihrer Binnengesetzgebung EU-Gesetze und –Richtlinien dieser Art für die Bundesrepublik dauerhaft außer Kraft setzt.
- dass alle schon in dieser Hinsicht erteilten Patente in der BRD aufgehoben und die Ergebnisse zur freien Nutzung in der BRD zugelassen werden, wenn nicht erlassene oder noch zu erlassende Umweltschutzgesetze eine andere Entscheidung bewirken.
- dass die Bundesregierung per Gesetz allen erneuerbaren Energien und der kommunalen Energieversorgung den absoluten Vorzug einräumt und bestehende Atomkraftwerke bzw. Großkraftwerke auf Basis fossiler Energieträger (Kohle, Oel, Gas) kurz- bzw. mittelfristig in dem Umfange auslaufen lässt, wie erneuerbare Energien leistungsmäßig fossile Energien ersetzen.
- dass die Bundesrepublik die grüne Energievernetzung forciert.

Grundsatz für die Partei ***DIE LINKE*** ist, dass alle ***LANDWIRTSCHAFTSBETRIEBE*** und Landbesitzer verantwortlich, umweltverträglich und pflegend die Naturressource Landmasse außerhalb und innerhalb urbaner Anwesen bewirtschaften.

- dass in der dichtbesiedelten BRD sofort alle Arten genmanipulierten Freiland-Anbaus verboten sind, so lange deren negative Folgen nicht definitiv ausgeschlossen sind.
- dass in der BRD dafür alle Aktivitäten voll unterstützt werden, bäuerliches Wirtschaften in kleinen und großen Betrieben, natürliche Tierhaltung und natürliche Pflanzen-Vielfalt in Feld und Garten zu wahren.
- dass der Deutsche Bauernverband als Berufsverband der Landwirte und Landwirtschaftsgenossenschaften mit der Bundesregierung per Preispolitik dafür sorgt, dass das Höfesterben und der Kampf gegen genossenschaftliche Landwirtschaftsbetriebe sofort endet und eine gegenteilige Entwicklung eingeleitet wird.
- dass der Deutsche Bauernverband und die Gewerkschaft der Landarbeiter/verdi analoge Tarifsysteme wie in der Wirtschaft erarbeiten.
- dass neue Hofstellen für unterschiedliche Zweige errichtet werden und die Landwirtschaft ein stabiler Produktionszweig natürlichen Wirtschaftens wird.
- dass die ökologische Landwirtschaft als verpflichtendes Prinzip in einer Generation bis mittelfristig durchzusetzen ist.
- dass die kleinräumige, qualitätsorientierte, nachhaltige Landwirtschaft regional dominieren darf, gegebenenfalls auch als selbstversorgende Landwirtschaft in Gebirgsregionen oder auf Rest- und Kleinflächen.
- dass dem Bauernhof, den kooperierenden Einzelhöfen, dem Genossenschaftswesen in Pflanzenanbau/Tierhaltung die vorrangige Aufmerksamkeit der Gesellschaft gehören, ihre aktive Unterstützung und Förderung.
- dass klare und feste Grenzen für die Umweltverträglichkeit intensivierter Formen der Landwirtschaft gelten bzw. geschaffen werden.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass alle *FORSTWIRTSCHAFTSBETRIEBE* und Waldbesitzer verantwortlich, umweltverträglich, pflegend die Naturressource Wald außerhalb und innerhalb urbaner Anwesen und landwirtschaftlicher Nutzflächen bewirtschaften.

- dass in der dichtbesiedelten BRD alle Arten genmanipulierten Freiland-Forst-Anbaus verboten sind, so lange negative Folgen nicht definitiv ausgeschlossen werden können.
- dass die Anzahl und die Grösse baumbestander Flächen stetig zu erhalten und auch durch es- und intensive Streuobstwiesen zu mehren ist.
- dass der Deutsche Waldbesitzerverband als Berufsverband mit der Bundesregierung per Preispolitik dafür sorgt, dass auch kleinere Waldunternehmer mit ihrer gemischtwirtschaftlichen Tätigkeit sozial gut bestehen können.
- dass der Deutsche Waldbesitzerverband und die Gewerkschaft der Forstarbeiter/verdi analoge Tarifsyste wie in der Wirtschaft erarbeiten.
- dass auch dem Genossenschaftswesen in der Forstwirtschaft die vorrangige Aufmerksamkeit der Bundesregierung gehört, ihre aktive Unterstützung und Förderung.
- dass ökologischer Waldbau, verpflichtendes Prinzip, mittelfristig durchzusetzen ist.
- dass das Jagdwesen **absolut** der Pflege/Hege des flächengerechten Tierbestandes nach staatlichen Normativen dient.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass alle *GEWÄSSERWIRTSCHAFTS-, GEWÄSSER-NUTZUNGS- UND FISCHEREIBETRIEBE* verantwortlich, umweltverträglich, pflegend und hegend die Naturressource Binnen-, Küsten- und Hochseegewässer innerhalb und außerhalb urbaner Anwesen, land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen bewirtschaften.

- dass in der dichtbesiedelten BRD alle Arten gewässerbeengender Bebauung und Bebauungen in historischen Schwemmland- und Hochwasser-Schutzgebieten kurz- bis mittelfristig zurückzubauen, die Flächen zu renaturieren sind, um negative Folgen von Fluten und Überschwemmungen auszuschliessen bzw. deutlich zu minimieren.
- dass die Gewässeraufsicht / Berufsverband der Fischer mit der Bundesregierung per Preispolitik dafür sorgen, dass auch kleinere Unternehmen wirtschaftlich bestehen können.
- dass die Gewässeraufsicht / Berufsverband der Fischer mit der Gewerkschaft der Fischerei- und Wasserwirtschaftsarbeiter / verdi analoge Tarifsyste wie in der Wirtschaft erarbeiten.
- dass dem Genossenschaftswesen die vorrangige Aufmerksamkeit der Bundesregierung gehört, ihre aktive Unterstützung und Förderung.
- dass die ökologische Gewässerwirtschaft als verpflichtendes Prinzip in einer Generation bis mittelfristig durchzusetzen ist

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass der *LANDSCHAFTSSCHUTZ* über die o. g. Umwelt-Ziele und -Festlegungen hinaus vor allem die Ausgestaltung und Mehrung von Naturschutzgebieten in unterschiedlichen Stufen und Kategorien ist.

- dass der Grund und Boden aller Stufen und Kategorien von Naturschutzgebieten im Staatseigentum ist.
- dass die Privatbesitzer aller Stufen von Naturschutzgebieten entschädigt werden.
- dass Natur- und Landschaftsschutz sich immer nach den jeweils höchsten Zielstellungen der UNO, der OECD, der EU oder der BRD-Regierung richten, fachliche Beiräte der Regierung empfehlen Festlegungen dazu.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass *INDUSTRIE- UND SIEDLUNGS-ABFÄLLE* immer nach den neuesten Standarts und wissenschaftlichen Erkenntnissen verbracht oder vernichtend behandelt werden.

- dass bei der Kompostierung und anderen Wiederverwertungsformen die strengsten nationalen und internationalen Massstäbe gelten.
- dass alle Industrie- und Siedlungsabfälle auf die Möglichkeit der Bio- oder Energiegewinnung zu prüfen und dann a priori entsprechend zu trennen und zu verwerten sind.
- dass die internationalen Trends im Bereich der umweltentlastenden Energien beachtet werden, in internationalen Vereinigungen und technischen Bündnissen aktiv mitgearbeitet wird, um die weltweiten Umweltschutzziele der UN/EU vorfristig zu erreichen.
- dass umweltfreundliche Energie auch grundsätzlich als Antriebsenergie in allen Lebensbereichen zu sehen ist.
- dass konsequente Mülltrennung nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen erfolgt, um keinerlei Umweltbelastung zuzulassen.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass alle stationären *TRANSPORT-SYSTEME FÜR ENERGIEN* und Energierohstoffe gegen Entschädigung in die Hände einer staatlichen Netzagentur gehören.

- dass die staatliche Netzagentur personell und organisatorisch so aufgebaut ist, dass sie als Preis- und Wettbewerbshüter sowie als Netzverwalter und -Instandhalter fungiert.
- dass ihre Richtlinien bundesweit bindend sind.
- dass sie ihre Netze gegen Gebühren von interessierten Unternehmen nutzen lässt.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass ausschließlich *ERNEUERBARE ENERGIEN*, Solar-, Wind-, Wasserkraft, nachwachsende Rohstoffe, Förderung für Forschung, Entwicklung und Herstellung erhalten.

- dass Solarenergiekomplexe energieintensiv, ansichtig umweltverträglich und arbeitsplatzschaffend in demilitarisierte Landschaft oder urbane Komplexe eingearbeitet werden.
- dass Windkraftanlagenkomplexe energieintensiv, akkustisch, optisch und nautisch umweltverträglich und arbeitsplatzschaffend in die Landschaft, entfernt von urbanen Komplexen, Schutzzonen und maritimen Trassen, eingerichtet werden.
- dass Wasserkraftanlagen energieintensiv, mit minimalsten Landschaftseingriffen, optisch umweltverträglich, grundsätzlich katastrophenschützend, trinkwasser-, arbeitsplatzschaffend an Flußläufen der Hoch- und Mittelgebirgstäler Deutschlands errichtet werden.
- dass betriebliche Wasserkraftkleinanlagen, meist mit „Mühlgraben“, von der geographischen Einschränkung ausgenommen sind.
- dass erneuerbare Energien zu exportfähigen Produkten zählen.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass *ATOMKRAFT* auf Grund der unvollkommenen Technologie und der Endlagerproblematik z.Z. keine Zukunft hat.

- * dass alle gegenwärtigen Atommeiler kurzfristig nach Plan vom Netz zu nehmen sind.
- * dass die Abschaltung der gegenwärtigen Atommeiler deckungsgleich mit dem Zuwachs an vernetzten erneuerbaren Energien erfolgt.
- dass die deutschen Energieexporte aus Atomenergie ersatzlos innerhalb einer Legislatur zu beenden sind, ohne dass der BRD energetische oder finanzielle Verpflichtungen erwachsen.
- dass auf Grund der bisherigen stattlichen Milliarden Gewinne für die Atomenergieindustrie das Endlagerproblem zum Problem der Energiekonzerne als Nutznießer dieser Energiewirtschaft gehört und von ihnen finanziell, technisch, organisatorisch und bauausführend unter ständiger staatlicher Aufsicht zu lösen und abzuschließen ist.
- dass die Endlagerstandorte BRD-weit in allen ehemaligen Erz-, Kohle- und Salzlagerstätten zu suchen sind, in denen Wassereinträge und Bergschäden aller Art durch die

staatlichen Bergsicherungserfahrungen und die Gebirgsstruktur auf längere Sicht ausgeschlossen werden können.

- dass die Entscheidung ausschließlich beim Bundes-Ober-Bergamt in Zusammenarbeit mit den Landes-Ober-Bergämtern und Landes-Bergämtern liegt, die ihre Entscheidungen zum Endlager einstimmig treffen müssen.
- dass die Kontroll-, Aufsichts- und Entscheidungstätigkeit dieser Organe des Bundes und der Länder kostenpflichtig sind.

Grundsatz für die Partei **Die Linke** ist, dass die fossilen Brennstoffe Kohle, Erdöl, Erdgas, nachwachsende Brennstoffe & Bio-Masse sehr differenziert zu behandeln sind.

Grundsatz für die Partei DIE LINKE ist, dass **KOHLE** als Brückenenergie mittel- bis langfristig, spätestens 2050 abzuschalten ist, wenn keine überzeugenden wissenschaftlich-technischen Lösungen zur Erzeugung umweltverträglicher Asche- und CO₂-Verbringung von den Betreibern gefunden werden.

- dass Export von Braunkohlenenergie um 2020 eingestellt wird.
- dass Kohle verstärkt in einer modernen Karbonchemie einzusetzen und modern umzuwandeln ist oder für spätere Generationen als Reserve verbleibt.
- dass kohleverstromende Unternehmen mit den deutschen Hochschulen und Universitäten kostenpflichtige Forschungsverträge zu ihren Umwelt-/Effizienzproblemen abschließen.

Grundsatz für die Partei DIE LINKE ist, dass **ERDÖL** als Brückenenergie mittelfristig bis spätestens 2030 abzuschalten ist, wenn keine überzeugenden wissenschaftlich-technischen Lösungen zur Erzeugung umweltverträglicher Feinstaub- und CO₂-Verbringung von den Betreibern gefunden werden.

- dass Export von Energie aus Erdöl um 2015 eingestellt wird.
- dass Erdöl verstärkt in der modernen Petrochemie einzusetzen und modern umzuwandeln ist oder für spätere Generationen als Reserve eingelagert wird.
- dass Kraftstoffe aus Kohle und Erdöl für Verbrennungsmotoren aller Art bis 2020 mit höchster Reinheit nach technisch modernstem Stand und die Einsatzgeräte bei Verbrennung und Abgas höchsten Reinheitsanforderungen genügen, wobei immer das Energie-Leistungs-Effizienzprinzip maximal zu beachten ist.
- dass technisch Veraltetes abzuschalten ist.
- * dass erdölverstromende und erdölprodukteverarbeitende Unternehmen incl. Verbrennungsmotoren aller Art erzeugende und nutzende Industrie kostenpflichtige Verträge mit deutschen Hochschulen und Universitäten abschließen, um ihre Umwelt- und Effizienzprobleme zu lösen.

Grundsatz für die Partei DIE LINKE ist, dass **ERDGAS** als Brückenenergie langfristig bis maximal 2050 zu nutzen ist,

- dass nach überzeugenden wissenschaftlich-technischen Lösungen zur Erzeugung umweltverträglicher Feinstaub- und CO₂-Verbringung gesucht wird, die von den Betreibern zu erbringen sind.
- dass Export von Erdgas-Energie in engen, staatlich kontrollierten Grenzen erfolgen kann.
- dass Erdgas auch in der modernen Chemie einzusetzen und modern umzuwandeln ist.
- dass Erdgas als Kraftstoff für Verbrennungsmotoren aller Art mit höchster Reinheit nach technisch modernsten Stand zugelassen ist, wenn die Einsatzgeräte bei Verbrennung,

- * Abgas, Feinstaub und CO₂ höchsten Reinheitsanforderungen genügen, wobei immer das Energie-Leistungs-Effizienzprinzip maximal zu beachten ist.
- dass veraltetes Gerät (nach EU-Normen) abzuschalten ist.
- dass erdgasverstromende Unternehmen kostenpflichtige Verträge mit deutschen Hochschulen und Universitäten abschließen, um ihre Umwelt- und Effizienzprobleme zu lösen.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass **NACHWACHSENDE BRENNSTOFFE, ANDERE BIOMASSE UND ABWÄRME ALLER ART** zu den erneuerbaren Energien gehören, die im lokalen und regionalen Bereich nach technisch-wissenschaftlich höchsten Reinheitsanforderungen gegenüber der Umwelt sowie baulicher und auch landschaftlicher Umweltverträglichkeit einzusetzen und für lokale und regionale Zwecke zu nutzen sind.

- dass ausserhalb des Eigenbedarfs der internen Nutzer liegende Energieüberschüsse gegen Bezahlung in überregionale Netze eingespeist werden können.
- dass lokale und regionale Unternehmen auf diesem Gebiet staatliche Förderung mindest bis zur Höhe des Eigenkapitaleinsatzes erhalten können.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass allen Klassen und Schichten in Deutschland und den in Deutschland lebenden Ausländern ohne Ansehen der Person kostenlos alle **BILDUNGSEINRICHTUNGEN** zur Erreichung einer hohen allgemeinen und fachlichen Bildung und Ausbildung offen stehen.

- dass alle Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen nach bundeseinheitlichen staatlichen Normativen unabhängig von der Trägerschaft arbeiten.
- dass alle Prüfungen und Examen nach bundeseinheitlichen Standarts und zentralen Aufgabenstellungen abgelegt werden.
- dass der allgemeine Bildungsgang bis zum Abitur 12 Jahre beträgt, die Berufsausbildung mit Abitur 13 Jahre umfaßt.
- dass die Grundschule für alle Kinder 4 Schuljahre umfaßt.
- dass die Mittelschule weitere 6 Jahre umfaßt. –
- dass aus der Mittelschule die Gymnasiasten nach der Klasse 8 mit einem Durchschnitt von mindest 2,0, auf Wunsch auch nach der Klasse 10 mit einem Schnitt von mindest 2,2 ins Gymnasium/Berufliches Gymnasium abgehen.
- dass die Hauptschüler nach der Klasse 8, mit Abschluss nach der Klasse 9 der Mittelschule in eine Berufsausbildung ausscheiden/abgehen können.
- dass die Vorschule 3 Jahre umfassen kann, aber das letzte Vorschuljahr für jedes Kind kostenfrei und verbindlich ist.
- dass der Polytechnische Unterricht zwischen Klasse 5 und 10 umfassende physikalisch-technische Anwendungen und nachhaltige Belehrungen und Übungen mit verschiedensten Werkstoffen für das spätere berufliche und private Leben vermittelt.
- dass der ethisch-moralische Unterricht zwischen Klasse 5 und 12 einerseits umfassende Kenntnisse der ethischen Strömungen und Ansichten von der Welt und den Menschen vermittelt und diskutiert, andererseits theoretisch lernend und einzelne Themen praktisch übend auf den zwischenmenschlichen und familiären Bereich angewendet werden.
- dass zu den allgemeinen Bildungseinrichtungen die Vorschuleinrichtungen, die Grundschulen, die Mittelschulen, die Gymnasien, Volkshochschulen und ihre adäquaten Sonderschuleinrichtungen für besondere Begabungen bzw. Behinderungen zu zählen sind.

- dass **allgemeinbildende Schulen** weiterführende Abschlüsse oder Abschlüsse vermitteln, mit deren Hilfe man eine Berufsausbildung oder ein Studium beginnen kann.
- dass Einschulung, Hauptschulabschluß, mittlere Reife und Abitur, Abschlüsse von Allgemeinbildungsgängen sind, die bundeseinheitlich vergleichbar, gesetzlich festgelegt sind.
- dass die berufsausbildende Lehre in einem Betrieb verbunden mit einem Berufsschulbesuch 2 ½ Jahre für Mittelschüler und 3 ½ bis 4 Jahre für Hauptschüler beträgt.
- dass alle Berufsschulen, alle Fachschulen, Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten **berufsbildende Schulen** sind, die Abschlüsse vermitteln, mit deren Hilfe man eine berufliche Tätigkeit aufnehmen kann.
- dass Facharbeiter für ..., Handwerks-, Betriebsmeister, Staatsexamen, Diplom, Bachelor-, Master-Abschluß, Dr., Dr. sc. Abschlüsse beruflicher Bildung sind, die bundeseinheitlich, international vergleichbar anerkannt und per Gesetz festgelegt sind.
- dass in der Beruflichen Ausbildung dem Lehrling ein tariflich bundeseinheitlicher Branchen-Lehrlingslohn gezahlt wird.
- dass an Studierende in Deutschland gesetzlich geregelt nach sozialer Bedürftigkeit ein Grund-Stipendium gewährt wird.
- dass allein nach erzielten Studienergebnissen ab 2. Semester jeweils für ein Semester Leistungsstipendium in 3 Stufen an alle Studierenden gezahlt werden können.
- dass Studierende in Deutschland aus sozial besser, höher oder hoch gestellten Elternhäusern gesetzlich geregelt an den Studiengebühren beteiligt werden können, unabhängig von der Leistungsstipendienregel.
- dass alle Forschung und universitäre Lehre alleinige und originäre Aufgabe des Staates ist, auch wenn forschende Schul- und universitäre Einrichtungen Wirtschaftskooperationen dabei benutzen.
- dass Akademien, Max-Planck- und andere Institute forschende Einrichtungen des Staates sind, die auch Wirtschafts- und Wissenschaftsprobleme gegen Kostenerstattung lösen dürfen und lösen sollen, oder literarische, philosophische, künstlerische oder kulturelle Probleme und Darstellungstendenzen untersuchen, lehren und für Unternehmen kostenpflichtig und vertragsgemäß aufbereiten.
- dass Akademien und Institute gesetzlich geregelt Förderstipendien gewähren (*können*).
- dass **Jugendhilfe und Sozialarbeit** Einrichtungen in der Betreuung sind, die dann zum Einsatz kommen, wenn allgemein normale Verfahren an Bildung, Erziehung, schulischer und häuslicher Betreuung nachweislich nicht reichen, um die allgemeine und berufliche Ausbildung erfolgreich zu durchlaufen, abzuschließen bzw. danach ein geordnetes, gesetzeskonformes, selbständiges, aktives Leben zu führen.
- dass Jugendhilfe und Sozialarbeit originär staatliche Aufgaben sind.
- dass alle Einrichtungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe und Sozialarbeit, unabhängig von der Trägerschaft, nach festen staatlichen Rahmenvorgaben bundeseinheitlich arbeiten.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass Bibliotheken, Büchereien, Archive, Film-, Theater- und Konzertwesen, Ausstellungs- und Veranstaltungswesen zu den **Kultureinrichtungen** gehören, die förderwürdig sind.

- dass Kultureinrichtungen nach gesetzlichen Vorgaben teilweise kostenfrei, teils kostenpflichtig von allen Bürgern genutzt werden können, wobei Kinder / Jugendliche ohne eigenes Einkommen kostenfrei bleiben, Rentner haben Ermäßigungen bis zu 50 % des Normalpreises.
- dass humanistisch-künstlerische Äußerungen besonders wertvoll und förderwürdig sind.

- dass Bibliotheken, Büchereien, Film-, Theater-, Konzert- und Ausstellungswesen neben dem Kulturauftrag einen hohen humanistischen Bildungsauftrag erfüllen und deshalb besonders förderwürdig sind.
- dass alle Medien mittelfristig, bis dahin schrittweise gegen Entschädigung aus dem privatrechtlichen in den öffentlich-rechtlichen Status übergeleitet werden.
- dass jeder demokratischen politischen Partei ein Fernsehsender, ein Radio, ein Internetportal, eine Zeitung nationaler Reichweite zugeordnet werden unter der Leitung parteinaher Stiftungen, die anteilig aus den öffentlich-rechtlichen Einnahmen finanziert werden.
- dass daneben parteiunabhängige, auch privatrechtliche lokale, regionale, landschaftsbezogene Medien bestehen, die territorialen Informations- und Darstellungsaufgaben erfüllen.
- dass alle Medien einem Medienrat (Vertreter Regierung, Parteien im Bundestag, jour. Verbände, Gewerkschaften, Kirchen, philosophischer, historischer und theologischer Fakultäten) unterstellt sind und von ihm kontrolliert werden, besonders gegen die Verbreitung von Verleumdungen, Fehlinformationen, Verstößen gegen Hochsprache (Duden), Missachtung von Persönlichkeitsrechten, wobei ihm verbindliche Sanktionskompetenzen zustehen. Zur Ausübung seiner Tätigkeit kann er nachgeordnete Einrichtungen mit gleichen Kompetenzen berufen.
- dass Archive neben ihrem kulturellen Auftrag vor allem einen hohen wissenschaftlichen Auftrag erfüllen, kennzeichnet ihre Förderwürdigkeit und allgemeine uneingeschränkte Zugänglichkeit unter kommunaler, Länder- und Bundes-Verantwortung.
- dass die lokale und regionale Volkskultur, Mundartsprache, Mundartgesang, Mundarttheater, lokale und regionale Instrumentalistik und Tanz, lokale und regionale Trachten-traditionen, Malereien, Plastiken und Kunsthandwerke u.a. in lokalen, Kreis-, Bezirks- und Landeskultureinrichtungen unter aktiver Beteiligung der landsmannschaftlicher Vereine erforscht, gepflegt und gelehrt werden und mit EU-, Bundes- und Landesfördermitteln bzw. privaten Spenden und Vereinsbeiträgen unterstützt werden.
- dass die Förderwürdigkeit immer an eindeutig humanistische und gesellschaftlich grundsätzlich wichtige Kriterien geknüpft wird.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass *Fremdenverkehr und Tourismus* Sparten eines unternehmerischen Wirtschafts- und Dienstleistungszweiges sind, die staatlicher und gewerkschaftlicher Aufsicht bedürfen, als durch Urlaubs- und Erholungsreisen aller Art, Lebensfreude und Leistungsfähigkeit aller Bürger wieder hergestellt werden.

- dass die sozialen Belange aller Mitarbeiter von Gewerkschaften und Betriebsräten gewährleistet werden.
- dass im Fremdenverkehrs- und Tourismusgewerbe für alle Mitarbeiter Tarifverträge mit Mindestlohngarantien von jedem Betreiber im In- und Ausland zu gewährleisten sind.
- dass größere staatliche und private Unternehmen durch Tarifverträge verpflichtet werden, vor allem ihren kinderreichen Mitarbeitern sowie denen mit Behinderten im Familienverbund angemessene Urlaubs- und Erholungseinrichtungen in Deutschland und der EU kostengünstig anzubieten.
- dass ausländische Praktikanten, Lehrlinge, Mitarbeiter und Manager nach deutschen Standards eingruppiert, sozial und abgabenrechtlich behandelt werden.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass *Haushalt und Familie* die sozial förderwürdigsten Elemente verkörpern. Sie sind Basis des harmonischen Funktionierens der Gesellschaft.

- dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom Gesetzgeber nicht nur zu garantieren sind, es sind dazu aktive Bereitschaften sozialer Hilfsdienste vorzuhalten, die bei gewünschtem Bedarf oder festgestellter Notwendigkeit zum Einsatz kommen.
- dass dazu ohne jede Einschränkung nach bundeseinheitlichen Tarifsystem der Branche bei Frauen und Männern gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt.
- dass die honorierte Babypause grundsätzlich 3 Jahre beträgt, zwischen Mann und Frau gesplittet werden kann und monatlich mit 60 % vom Netto-Lohn des jeweiligen Baby-Pause-Nutzers vergütet wird, 30 % aus dessen Sozialversicherung, 30 % vom Unternehmen.
- dass für die Zeit nach der Babypausenutzung die Garantie auf den vorherigen Lohn zu geben ist,
- dass gegebenenfalls Qualifizierung vorzuhalten ist.
- dass ab dem 3. Lebensjahr Anspruch und Garantie auf einem kostenlosen Kindergartenplatz besteht.
- dass es für jedes Kind staatliches Kindergeld gibt, das mit der Inflationsrate in gleichem Umfang jährlich zum 1.1. wächst.
- dass Schulgeldfreiheit für schulische Allgemeinbildung und fachliche Berufs-Ausbildung im Gesetz unabhängig vom Betreiber der Bildungseinrichtung herrschen.
- dass Haushaltshilfe ein anerkannter, sozialversicherungspflichtiger, tariflich und nach Merkmalen geregelter Ausbildungsberuf ist und in kinderreichen Familien mit staatlicher Unterstützung nach sozialer Bedürftigkeit bis zu 50 % des Brutto-Lohnes zum Einsatz kommt.
- dass Kinder sozial schwächerer Familien in der studentischen Ausbildung ein gesetzlich geregeltes Grund-Stipendium erhalten.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass **Renten-, Kranken- und Pflege-Versicherung** für alle Bundes-Bürger bzw. in Deutschland lebende und arbeitende Bürger einheitlich, solidarisch und lebenslang im %-satz 7-10-3 verbindlich sind.

- * dass dieses Versicherungswesen an **eine** staatliche Versicherung geknüpft, nicht profitorientiert ist und der Finanzaufsicht des Finanz- und Sozialministeriums unterstellt ist.
- * dass diese Versicherung immer eine Familienversicherung ist, die Kinder bis zur beruflichen Selbständigkeit einschließt.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass im **Gesundheitswesen** die Heil-, Hilfsmittel-, Medikamenten-, Erholungskur-, Behandlungs- und Rehabilitationspreise und –Kosten von der Versicherung mit Mindest-/Obergrenzen versehen sind und nach dem Qualitätsprinzip bzw. wissenschaftlich belegtem, vom BM für Gesundheit anerkanntem Höchststand angewandt werden.

- dass das Ärztehaus im Sinne der ehemaligen DDR-Poliklinik flächendeckend und mit den Krankenhäusern der Region abgestimmt zur Nutzung für alle niedergelassenen Ärzte und ihre Patienten bundesweit einzuführen ist.
- dass die Ärzteorganisationen ausschließlich berufsständische Einrichtungen mit gewerkschaftlichem Charakter sind.

Grundsatz für die Partei *DIE LINKE* ist, dass im **Sozialwesen** die Einheit von Bezügen (Löhne, Gehälter, Honorare, Renten und soziale Leistungen) einerseits und inflationären Tendenzen bei den Preisen andererseits untrennbar, flexibel und fest miteinander verbunden sind, indem die Inflationsrate der Preise die Mindestgrenze für die jährlichen tariflichen Steigerungen der Bezüge ist.

- * dass Unternehmer in ihren Verbänden und Arbeiter, Angestellte und Beamte in ihren Gewerkschaften immer untrennbar verbundene Tarifpartner sind.
- dass die Ungleichheit durch das Privateigentum an PM im Gewicht der Sozialpartner per Gesetz ausgeglichen wird durch das grundgesetzlich garantierte Streikrecht und per Urabstimmung und Belegschaftsbeschluß bis zum Generalstreik für soziale und politische Ziele führen kann.
- dass die gewerkschaftliche Mitbestimmung der Betriebsräte im Aufsichtsrat und mittelfristig in jeder Geschäftsführung gesetzlich geregelt ist.
- dass tarifvertraglich geregelt neben der Mitbestimmung auch mittelfristig die Mitverantwortung der Belegschaft im Betrieb und die daraus resultierende Gewinnbeteiligung festgelegt wird.
- dass jedem Unternehmen verursachte Schäden vom Verursacher zu ersetzen oder auszugleichen sind.
- dass Krisen oder mangelhafte Betriebs- bzw. Geschäftsführungen aller Art Ergebnisse von Missmanagement sind und so persönlich haftend gehandelt werden.

Ergänzung Seite 4, Ende 1. Absatz :

- ... dass Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordnete der Linken, die gleichzeitig in hauptamtlichen Parteifunktionen arbeiten, keine anderen Einkünfte/Bezüge als die der Abgeordnetenebene haben sollen.
- ... dass die Besoldungen hauptamtlicher Parteifunktionäre und Mitarbeiter nur dort erfolgt, wo keinerlei anderweitige existenzsichernde Besoldung/Honorierung vorliegen.